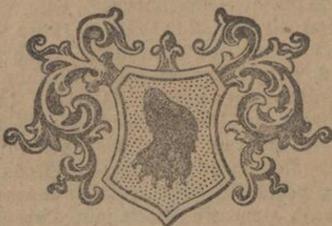


Pulsnitzer Wochenblatt

Fernspr. Nr. 18. Tel.-Adr. Wochenblatt Pulsnitz **Bezirksanzeiger**

und Zeitung Postcheck-Konto Dresden 2133. Gem.-Giro-R. 146

Erscheint: Dienstag, Donnerstag und Sonnabend.
Im Falle höherer Gewalt — Krieg oder sonstiger irgend welcher Störung des Betriebes der Zeitung oder der Beförderungsanstaltungen hat der Bezugsnehmer keinen Anspruch auf Befreiung oder Nachlieferung der Zeitungs- oder auf Rückzahlung des Bezugspreises. — Vierteljährlich M 10.50 bei freier Zustellung; bei Abholung vierteljährlich M 9.—, monatlich M 3.50, durch die Post M 10.50 —



Inserate sind bis vormittags 10 Uhr anzugeben. Die sechs mal gespaltenen Zeilen (Masse's Zeilenmaß 14) 130 Pfa., im Bezirke der Amtsgerichtsmanufaktur 100 Pfa., übrige Zeilen M 3.90, und M 3.00 — Reklame M 2.80. Bei Wiederholung Rabatt. — Zeitungs- und tabellarischer Satz mit 25 % Aufschlag. — Bei zwangsweiser Einziehung der Anzeigengebühren durch Klage oder in Konkursfällen gelangt der voll. Rechnungsbetrag unter Wegfall von Preisnachlaß in Anrechnung. —

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen des Amtsgerichts und des Stadtrates zu Pulsnitz.

Hauptblatt und älteste Zeitung in den Ortsgemeinden des Pulsnitzer Amtsgerichtsbezirks: Pulsnitz, Pulsnitz N. S., Bollung, Großhörn, Brettnig, Hauswalde, Dorn, Obersteina, Niedersteina, Weißbach, Ober- und Niederlichtenau, Friedersdorf, Thiemendorf, Mittelbach, Grognaundorf, Kötzenberg, Klein-Bittmannsdorf.

Geschäftsstelle: Pulsnitz, Bisnaraplag Nr. 265.

Druck und Verlag von E. A. Försters Erben (Inh. J. W. Mohr).

Schriftleiter: J. W. Mohr in Pulsnitz.

Nummer 120.

Donnerstag, den 6. Oktober 1921.

73. Jahrgang

Amtlicher Teil.

Die Ausgabe der neuen Brotmarken

findet Freitag, den 7. Oktober 1921 im Ratskeller 1 Treppe, in nachstehender Reihenfolge statt:

Brotkartennummer	1-150	8-9 Uhr vorm.
151-300	9-10	"
301-450	10-11	"
451-600	11-12	"
601-750	12-1	"
751-900	3-4	mittags
921-1090	4-5	nachm.
1091-1300	5-6	"

Die Abholungszeiten sind pünktlich einzuhalten.

Die erhaltenen Marken sind sofort nach Empfang auf ihre Richtigkeit hin zu prüfen, da spätere Einwendungen nicht berücksichtigt werden können.

Pulsnitz, den 6. Oktober 1921.

Der Stadtrat.

Wegen Reinigung der Dienstströme werden

Montag und Dienstag, den 10. und 11. Oktober 1921

nur dringliche Sachen erledigt.

Amtsgericht Pulsnitz, am 30. September 1921.

In dem Konkursverfahren über das Vermögen des Kaufmanns Ernst Georg Kammer in Brettnig (alleiniger Inhaber der Firma E. Georg Kammer, ebenda) wird zur Prüfung der nachträglich angemeldeten Forderungen Termin auf Mittwoch, den 19. Oktober 1921, vormittags 10 Uhr vor dem Amtsgerichte Pulsnitz anberaumt.

Amtsgericht Pulsnitz, den 5. Oktober 1921.

Ankündigungen aller Art

sind im „Pulsnitzer Wochenblatt“ von denkbar bestem Erfolg.

Das Wichtigste.

Der Goldankaufpreis ist von der Reichsbank von 450 Mark auf 480 Mark für ein Zwanzigmarkstück erhöht worden. Der Reichskanzler Dr. Wirth hat einen etwa achtstündigen Erholungsurlaub angetreten.

Zu den verschiedenen, besonders aus französischer Quelle stammenden Nachrichten über das Schicksal Oberschlesiens wird von zuständiger Stelle mitgeteilt, daß in Berlin noch keinerlei offizielle Meldungen über eine Entscheidung des Völkerbundes vorliegen. Ein Wirbelform hat New York heimgesucht und ganz besonders den Stadteil Manhattan betroffen.

Die Erhöhung der Posttarife soll bald vorgenommen werden. Künftig würde dann ein Brief 1 Mk., eine Postkarte 50 Pfa. kosten. Im Reichsarbeitsministerium ist ein besonderer Entwurf zur endgültigen Regelung der Arbeitszeit der Angestellten auf gleicher Grundlage wie für die gewerblichen Arbeiter in Vorbereitung. In Tirol herrscht große Erregung wegen der Teuerung und des Aufkaufs von Lebensmitteln durch ausländische Gastarbeiter.

Neue Straßenkämpfe. Während der letzten Tage der Woche haben Straßenkämpfe in den verschiedenen Teilen von Velsaft stattgefunden. In Schaffsbury wie auch in andern Städten sind Säben geplündert worden.

Ein Aufstandsversuch wurde in Lissabon unternommen, ist aber gescheitert. Die Ordnung ist endgültig sichergestellt. Die spanischen Eisenbahner drohen mit dem Streik, da die Einführung des Achtstundentages abgelehnt worden ist. Auf einer Strecke ist die Arbeit bereits eingestellt.

Die Steuerentwürfe der Regierung verlassen am Freitag den Reichswirtschaftsrat. Sie stehen auf der Tagesordnung des ersten Sitzungstages des Reichstages nach seinem Wiederzusammentritt. Zwei obersteinständige Gewerkschaftsvertreter sind vom Völkerbundrat nach Genf berufen worden.

Regierung und Landtag von Sachsen haben für die Opfer von Döpnau 100.000 Mark bewilligt.

Zu wirtschaftspolitisch maßgebenden Kreisen wird angenommen, daß schon im kommenden Januar die deutschen Reparationszahlungen auf unüberwindliche Schwierigkeiten stoßen.

Keine Spur der Erzberger-Mörder. Wie die „Offenb. Ztg.“ erfährt, sind die nach der Schweiz gereisten Berliner Kriminalbeamten resultatlos nach Döpnau zurückgekehrt. Sie haben keine Spur der Mörder Erzbergers gefunden. Auch nach anderen Richtungen hin sind die Nachforschungen nach dem Aufenthalt der Mörder vorläufig zum Stillstand gelangt.

In Essen begann am Montag der diesjährige Kongress des Völkerbundes. Der Organisationsvertrag mit dem A. D. S. B. wurde angenommen. Daraus ist der Zusammenschluß der freien Arbeitergewerkschaft und der freien Angestelltenverbände vollzogen.

Die polnische Mark wird in Oberschlesien seit mehreren Tagen mit 1/2 Pfa. eingetauscht und gehandelt. Es findet großes Angebot statt, die Kaufkraft ist jedoch gering.

Marshall Foch wird sich am 27. Oktober nach Washington begeben. Er folgt einer privaten Einladung der amerikanischen Legion. Die Verhandlungen über die Bildung einer Koalitionsregierung sind auf nächste Woche vertagt worden.

America ist angeblich bereit, den Alliierten neue Kredite zu gewähren, in der Erkenntnis, daß Deutschland nicht fähig ist, die Reparationskosten dauernd zu bezahlen.

Die Angst vor dem deutschen Bankrott.

Die nach der pünktlichen Bezahlung der von der Entente verlangten Goldmilliarde ebenso pünktlich eingetragenen katastrophalen wirtschaftlichen Folgen scheinen bei manchen einschüchterten Köpfen unter unseren Gegnern doch schwerste Bedenken und Behinderungen verursacht zu haben. In immer weiteren Kreisen bricht sich endlich doch einmal die Erkenntnis Bahn, daß man unmöglich zu gleicher Zeit ein Volk auspumpen und wirtschaftlich erdrücken kann, daß ein gewaltfamer herbeigeführter Zusammenbruch Deutschlands Europa und die ganze Welt in ein außerordentlich gefährliches Wirtschaftschao stürzen müßte. Die in immer be-

ängstigerem Maße sich geltend machende Entwertung des deutschen Kredits hat wie ein unbedeutend ernstliche Beachtung erheischendes Warnungssignal auf alle diejenigen gewirkt, denen Haß oder Angst das Urteilsvermögen noch nicht gänzlich geraubt haben.

Sehr bezeichnend für die aufblühende bessere Einsicht ist eine Mitteilung der Londoner „Daily Mail“, nach der in gewissen industriellen Kreisen Großbritanniens die Ansicht vorherrscht, daß, wenn man Deutschland im gegenwärtigen Augenblick zwingen würde, seine Verpflichtungen zu bezahlen, das nur zu einem weiteren Fallen der Mark und zu bedenklichen Wechselkurschwankungen führen würde, wodurch dem Wiederaufleben des Handels erster Schaden zugefügt werden würde. Das heißt also, daß in England eine in ihrem Einfluß und ihrer Bedeutung nicht zu unterschätzende Meinung für Stundung der deutschen Zahlungen vorhanden ist. Tatsächlich wäre es nicht nur für Deutschland, sondern im Interesse Europas und der ganzen Welt dringend zu wünschen, daß es England zusammen mit Italien und Japan gelingen möchte, besonders die widerstrebenden Pariser Politiker von der Notwendigkeit zu überzeugen, auch dem deutschen Volke die Möglichkeit zum Aufatmen zu gewähren.

Daß man die Kreise um Clemenceau für irgend einen verständlichen Gedanken gewinnen sollte, bleibt freilich nach wie vor ausgeschlossen. Diese verblendeten Leute halten Deutschland immer noch für ein herfschliches Ungeheuer, dessen völlige Vernichtung unter allen Umständen angeblich zum Heile der Welt anzustreben sei. Gerade Clemenceau hat es ja einmal mit beispiellosem Zynismus ganz offen ausgesprochen, er wolle den Deutschen nichts lassen als die Augen zum Wachen, solange sich noch irgend ein französisches Häuflein durch Krieg und Kriegswirkungen auch nur um den Wert eines jungen Kaninchens geschädigt fühle. Mit unbegreiflicher politischer und wirtschaftlicher Kurzsichtigkeit glaubt dieser von Haß und Rachegehr verzehrte Mann an die völlige Vernichtung Deutschlands die imperialistische Hoffnung anzuspinnen zu dürfen, daß dann Frankreich militärisch ganz Europa zu beherrschen vermöchte.

Aber sogar in Frankreich mehren sich langsam die Stimmen der erwachenden Vernunft, die gegen eine derartige unfinnige Politik Einspruch erheben. So brachte die Pariser Zeitung „Deuvre“ kürzlich den überraschenden Mut auf, es gerade heraus zu sagen, daß man nicht das linke Rheinufer sondern nur den Frieder wolle. Und in Genf wagte Herr Nobilematis zu fragen, warum es neben einem freien Frankreich nicht auch ein freies Deutschland geben solle. Daneben finden sich in der Pariser Presse neuerdings des öfteren Ausführungen, aus denen klar hervorgeht, daß gewissen Kreisen angst und bange um Frankreichs wirtschaftliche Zukunft geworden ist. Und wenn der Polneare nahegehende „Matin“ den plötzlichen wieder als vergiftender Geheißer sich bedächtigenden Clemenceau für den drohenden Bankrott Deutschlands verantwortlich macht, so dürfte man auch darin ein deutliches Anzeichen der beginnenden Ernüchterung erblicken.

Deutsche und sächsische Angelegenheiten.

Pulsnitz. (Polizeibericht.) In der hiesigen Polizeiwache sind folgende Gegenstände abgegeben worden: ein Handwagen, mehrere Portemonnaies, eine gelbe Damen Bernsteinhalskette mit Anhänger (Weintraube mit Blatt aus Silber), mehrere Brillen, ein Paar einzelne Schuhe usw. Abholzeit von nachmittags 5-6 Uhr.

— (Aufhebung des Heizverbotes für Theater, Säle usw.) Nachdem der Zwang zur Melde- und Bezugscheinpflicht für einen großen Teil der Brennstoffe mit Wirkung vom 1. Oktober d. J. beseitigt worden ist, hebt das sächsische Arbeitsministerium seine Bekanntmachungen über das Heizverbot für Theater, Säle usw. auf.

Pulsnitz. (Verein für Volkshilf.) Freitag, den 7. Oktober, 8-10 Uhr, Zimmer 17, Stadtschule, 2. Stock, Pfarrer Mensing-Dresden: „Die Religion des modernen Arbeiters“ aus seinen Dichtungen. — Voranfrage, 15. Oktober Volkshilferabend Staegemann-Kutschbach.

Pulsnitz. (Radsport.) Nächsten Sonntag, den 9. Oktober, wird der Radf. Klub „Phönix“ Pulsnitz sein letztes diesjähriges Straßenrennen über 85 km, verbunden mit Klubmeisterschaft, ausfahren. Früh 8 Uhr ist Start an der Dhorner Straße (bei Herrn Baumstr. Fischer) und geht die Strecke über Dorn-Brettnig-Hauswalde-Rammenau-Bischsbergda-Dreißern b. Bauken-Kl. Marienstern-Kamenz-Bischheim zum Ziel am Waldschlößchen in Pulsnitz. Dieses Rennen wird in verschiedenen Gruppen als Vorgabefahren bestritten, und zwar fahren: Altersfahrer auf Wulstreifen 15 Min, übrige Wulstreifen- und Drahtreifen-Altersfahrer 10 Min, übrige Drahtreifen- und Schlauchreifen-Altersfahrer 5 Min. Vorgabe, während die übrigen Schlauchreifenfahrer vom Wal starten. Es wird rege Beteiligung erwartet und stehen jedenfalls harte Kämpfe um den Meisterschaftstitel bevor. Nach 10 Uhr vorm. werden die ersten Fahrer erwartet. All Heil!

— (Die Hasenjagd) hat am 1. Oktober ihren Anfang genommen. Auch heuer wird für viele, die sonst einen Hasenbraten sich leisten konnten, derselbe ein frommer Wunsch bleiben.

— (Freigabe von Zuckerrestbeständen im Kleinhandel.) Nach der Verordnung des Wirtschaftsministeriums vom 14. September hat die Zucker-Verteilung auf Karten ihr Ende erreicht. Das Wirtschaftsministerium nimmt nach einer neueren Verfügung an, daß beim Kleinhandel auch jetzt noch kleinere Bestände an Zucker vorhanden sind. Diese sollen von der Zuckerverteilungsstelle nicht ersetzt, sondern für den Handel freigegeben werden. Zur Bedingung wird gemacht, daß diese Zuckervorräte im Kleinhandel in Mengen von nicht über 1/2 Pfund und zu den bisherigen Höchstpreisen abgegeben werden. Dabei soll in erster Linie auf die Versorgung von Familien mit Säuglingen und kleinen Kindern Bedacht genommen werden. Das Wirtschaftsministerium weist auch darauf hin, daß für die sächsische Verbraucherschaft auf die Zuckerkarte Reihe 21 6 Pfund über den Nennwert hinaus geliefert worden sind. Bei diesen Verteilungen sei durch die Presse schon seinerzeit darauf aufmerksam gemacht worden, daß in der Übergangszeit eine gewisse Knappheit an Zucker eintreten werde und damit ein sparsames Wirtschaften mit der vorausgabten Menge sich empfehle. Diese Knappheit ist jetzt eingetreten, da der Zucker aus der neuen Ernte im freien Handel noch nicht zu haben ist. Dem sächsischen Lebensmittelamt stehen weitere Zuckervorräte nicht mehr zur Verfügung; es ist deshalb zwecklos, Besuche um Zuteilung von Zucker anzubringen. Die beim Großhandel und Zwischenhandel noch vorhandenen Bestände — auch wenn der betreffende Groß- und Zwischenhändler gleichzeitig Kleinhandel betreibt — bleiben beschlagnahmt. Sie sollen zur Deckung bis zum Einkommen von Zucker aus der Ernte 1921 etwa noch hervortretenden dringenden Bedarfs für kleingewerbliche Betriebe, Krankenhäuser usw. dienen.

— (Der gewerbliche Mittelstand gegen die Steuern.) Berliner Vertreter des gewerblichen Mittelstandes versammelten sich zu einer Protestkundgebung gegen die drückenden Steuerlasten. Abg. Prof. Dr. Brest unterzog die Steuerpolitik des Reiches und

